



FDP | 25.01.2013 - 01:00

FDP steht für nachhaltige Wirtschaftsansiedlungen



Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung aufgefordert, sich klar zu Projekten zu bekennen, die Arbeitsplätze schaffen und von denen das Gelingen der Energiewende abhängt. Konkret bezieht sich **David Wulff**, FDP-Kreistagsabgeordneter in Vorpommern-Greifswald, auf Kritik von „Protestgruppen, berufsmäßig blockierenden Verbänden und der Landtagsopposition“ gegen Pläne zum Bau von Kraftwerken am Energiestandort Lubmin.

Für das Gelingen der Energiewende, also den Komplettausstieg aus der Kernenergie bis 2022, müssen alle zur Verfügung stehenden Alternativen in Betracht gezogen werden. Nur so können die Kosten niedrig gehalten und die Netzstabilität gewährleistet werden. Vor diesem Hintergrund macht es aus Sicht der FDP in Mecklenburg-Vorpommern keinen Sinn, sich kategorisch neuen Energieprojekten in den Weg zu stellen.

Der Bau eines Gaskraftwerkes und damit eventuell verbundene Industrieansiedlungen wären aus Sicht der FDP ein Glücksfall für die ganze Region um Lubmin. Nachdem schon das DONG-Milliardenprojekt Kohlekraftwerk von allen Seiten torpediert wurde und jegliche wirtschaftliche Aktivitäten der Energiewerke Nord, ausgenommen der Rückbau des DDR-Kernkraftwerkes, kritisch kommentiert werden, solle jetzt mit den geplanten Gaskraftwerken das nächste Vorhaben durch politischen Druck kleiner Protestgruppen zum Scheitern gebracht werden, erklärte der Liberale.

Landesregierung muss standhaft bleiben

Der Bau eines Gaskraftwerkes und damit eventuell verbundene Industrieansiedlungen wären aber auch

aus wirtschaftlicher Sicht ein Glücksfall für die ganze Region Vorpommern, so Wulff. Dadurch würden viele gut bezahlte neue Arbeitsplätze geschaffen. „Bange machen hilft nicht. Proteste gegen industrielle Großprojekte bringen vielleicht bei einigen Grünen Sympathien, aber definitiv keine wirtschaftliche Verbesserung in die strukturschwache Region Vorpommern“, so der FDP-Politiker.

Er forderte von der Landesregierung deshalb ein klares Bekenntnis zum wichtigsten Industriestandort in Vorpommern. „Wenn die Energiewende gelingen, der Strom bezahlbar bleiben und die wirtschaftliche Entwicklung Vorpommerns vorangetrieben werden soll, dann muss sich endlich auch die Landesregierung standhaft gegenüber den kleinen Protestgruppen, berufsmäßig blockierenden Verbänden und der Landtagsopposition bleiben.“

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/fdp-steht-fuer-nachhaltige-wirtschaftsansiedlungen#comment-0>